

Textabschnitt links oben mit Preisangaben und Verlagsinformationen.

Gründet 1877.



Textabschnitt rechts oben mit Preisangaben und Verlagsinformationen.

Verlagsnummer 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

№. 49 | Druck und Verlag in Altensteig. | Mittwoch, den 27. Februar. | Amtsblatt für Pfälzger Kreise. | 1918.

Der Krieg.

Die Friedensbedingungen Rußlands gegenüber.

Berlin, 26. Febr. Unterstaatssekretär von dem Kaiser gab im Reichstag die Friedensbedingungen gegenüber Rußland bekannt. Danach sollen die Gebiete westlich der früher mitgeteilten Linie...

Die Friedensbedingungen erscheinen auf den ersten Blick nicht in allen Teilen ganz klar. Rußland wird von Deutschland und Österreich-Ungarn entschieden im Einvernehmen mit der Bevölkerung...

Der deutsche Tagesbericht.

W.D. Großes Hauptquartier, 26. Febr. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz: Heeresgruppe Eichhorn:

Hier Tage nach Ueberschritten des Moonsundes haben gestern vormittag die auf Nagold angelegten Truppen - Kavallerie, Infanterie und Maschinengewehrschützen an der Spitze - unter Führung des Generalleutnants Freiherrn von Sedendorf nach Kampf die Festung genommen.

Im Gefangenenschatz wurden an der Ostfront neuerdings erbeutet: 3 Divisionsküche, 180 Offiziere und 3676 Mann. Gefangenenzahl und Beute von Nagold und Pleskau lassen sich noch nicht übersehen.

Bei den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Nagold, die Hauptstadt Eßlands, und Pleskau, die Hauptstadt des gleichnamigen Gouvernements (russisch Pleskau), sind nach Kampf genommen. Eßland ist nun von allen Seiten umschlossen, zum großen Teil besetzt und auch von Eßland ist die wichtigere Hälfte von den Bolschewiki geäubert.

Die Industrie im heutigen Rußland.

In Petersburg und Moskau gibt es über eine halbe Million Arbeitslose. Die Gesamtproduktion der russischen Industrie ist im Vergleich zur Friedenszeit auf circa 5 Prozent gesunken. Die industrielle Katastrophe wird beschleunigt durch die Aushebung der Arbeiter.

Die größten Werke auch dort, wo noch Kohlenstoffe vorhanden sind, die Betriebsverhältnisse nicht ungünstig sind, zum Feiern.

Ritten in den Todeskampf der noch arbeitenden Fabriken Rußlands fiel die Verstaatlichung der Banken durch die bolschewistische Regierung, die Sperrung der Guthaben, die gewalttätige Deffnung der Bankschließfächer, lauter Maßregeln, die dem geschäftlichen Leben den Rest geben.

Die Produktion an Rohmaterialien und Halbfabrikaten der Schwerindustrie ist auf ein Minimum herabgesunken. Die Kohlenförderung im Süden ist durch Ersaufen zahlreicher Gruben, Mangel an Betriebsmitteln, rollendem Material und Zerrüttung der technischen Produktionsbedingungen infolge der politischen Anarchie lahmgelegt.

Die Zuckerproduktion ist von 100 Millionen Pud auf 40 Millionen Pud gesunken und dürfte im nächsten Jahre kaum mehr als 10 Millionen Pud betragen, da auch der Rübenbau stark verringert ist, nachdem der größte Teil der Anbaufläche in diesem Jahre zum Anbau von Getreide verwendet wurde.

Die Zucker-Industrie hat auch unter der teilweise durchgeführten Grundenteignung und den Zerschlagungen in den landwirtschaftlichen Betrieben auf das schwerste gelitten.

Nicht besser sieht es in der chemischen Industrie aus, die nahezu vollständig stillgelegt ist. Lediglich eine Anzahl Kerzen- und Seifenfabriken sind noch im Betriebe. Die früher stark entwickelte Schokoladen- und Zuckerverfahrenfabrikation hat nahezu gänzlich aufgehört.

Die für die Anknüpfung von Handelsbeziehungen entscheidende Frage nach dem Bedarf der russischen Industrie einerseits und ihrem Exportvermögen andererseits läßt sich zusammenfassend dahin beantworten, daß es an allem mangelt, aber gegenwärtig an nichts Bedarf ist. Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Maschinen höherer Ordnung, wie Dampftraktoren, Lokomotiven usw., konnte für die Mittelmächte vorderhand nicht in Betracht kommen, weil durch die Grundenteignung und die Zerstörung des Bodens unter die völlig ungeschulten Bauern das Anwendungsgebiet dieser Art landwirtschaftlicher Maschinen außerordentlich verringert worden ist.

Die russische Industriekrise betonen, kann man sich dort eine Handelsverbindung in der nächsten Zukunft nicht vorstellen, weil die Industrie nicht an Wiederaufnahme einer geregelten Tätigkeit denkt, solange die bolschewistische Wirtschaft jede Produktion lähmt.

Die ukrainische Rada hat mit allen Kräften versucht, die der Industrie durch das neue Regime geschlagenen Wunden zu heilen, und hat alles unternommen, um insbesondere auf landwirtschaftlichem Gebiete den Zerfall aufzuhalten. Wie weit ihr das gelungen ist, konnte infolge Unterbindung des Verkehrs mit Südrußland nicht verlässlich festgestellt werden.

Für die Einfuhr aus Rußland läme gegenwärtig hauptsächlich Waren in Betracht, das in den großen uralischen Hüttenwerken, Bogoslawsk, Nadeschbinski und Nischni-Tagilki-Berlen in bedeutenden Mengen lagern soll, in Frage. Es wird in Petersburg mit 500 bis 600 Rubel per 100 Kilogramm bezahlt. Im Gouvernement Drenburg sollen, wie von einigen Seiten berichtet wird, noch sehr bedeutende Mengen an Häuten und Fellern aller Art vorhanden sein.

Rohgummi ist genügend vorhanden, um neben Bedienung des Inlandsbedarfs noch große Mengen für den



Export freizubekommen. Die drei maßgebenden Werke, die „Russisch-Amerikanische“ in Petersburg, die Roslauer und die „Provodnik“-Gummifabrik waren bis zum Frühjahr 1917 gut beschäftigt. „Provodnik“ begann seit der Bedrohung Rigas durch die Deutschen seine Maschinen nach Moskau zu überführen und sollte Ende dieses Monats mit der Fabrikation beginnen. In Moskau sind die technischen Betriebsverhältnisse infolgedessen günstiger, als dort noch große Bestände an Masinen für Feuerzwecke lagern, da die Roslauer Fabriken seit Jahren auf Kohlenfeuerung eingerichtet sind. Alle drei Fabriken sind durch die herrschenden Verhältnisse zu bedeutenden Einschränkungen gezwungen worden. Wo es ihnen möglich ist, zu erzeugen, da tritt der Mangel an Baumwollgeweben für Einlagen in Erscheinung und hindert die Produktion an Schläuchen, Schläuchen, Riemen und Pneumatika. Der Gasfischereiverrat ist nahezu erschöpft. Man nimmt in den Industriellenteilen an, daß die Arbeit der russischen Gummifabrik nur noch nach Monaten zählt.

Ersparnisse sind in Russland nahezu unbekannt, weil die an sich schwerfällige, durch die Ententelieferungen überdies vermehrte russische Industrie nicht vor die Notwendigkeit der Umschaltung auf Kriegswirtschaft und Anpassung an neue Verhältnisse gestellt wurde.

Getreidepreise im In- und Ausland.

Von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats wird uns geschrieben:

In weiten Kreisen des deutschen Volkes herrscht über die Preise der wichtigsten Lebensmittel im In- und Ausland noch eine große Unkenntnis, die leider vielfach dazu beigetragen hat, die einheimische Landwirtschaft in einem völlig falschen Lichte erscheinen zu lassen. In erster Linie handelt es sich dabei um das Getreide, das uns das tägliche Brot gibt. Vergleicht man die heutigen Höchstpreise für Brotgetreide mit den Preisen unmittelbar vor dem Kriege, so sind dieselben in Deutschland nur um 50 Prozent gestiegen, dagegen sowohl in den neutralen wie feindlichen Ländern um 100 Prozent und darüber, ganz abgesehen von Russland, wo infolge der völligen Entwertung des Geldes der Getreidepreis vielfach um das Sechsfache des Friedenspreises und darüber gestiegen ist. Ein Beispiel möge dies noch näher zeigen.

In Deutschland betrug der Weizenpreis im Juli 1914 an der Berliner Produktenbörse 206 Mk. für die Tonne, jetzt im Kriege beträgt der Höchstpreis 200 Mk., Steigerung 41 Prozent. An der Londoner Börse betrug der Weizenpreis unmittelbar vor dem Kriege 160 Mk., jetzt beträgt er 330 Mk., Steigerung demnach 106 Prozent. Während also unmittelbar vor dem Kriege der Weizenpreis in London 46 Mk. für die Tonne niedriger war als in Berlin, ist er jetzt im Kriege 40 Mk. höher als in Berlin.

Noch auffälliger ist das Mißverhältnis zwischen den Weizenpreisen der Exportländer und Deutschland. So betrug in New York der Weizenpreis unmittelbar vor dem Kriege nur 140 Mk., jetzt 350 Mk. Er war demnach im Frieden 66 Mk. für die Tonne niedriger als in Berlin, ist dagegen jetzt im Kriege 60 Mk. höher als in Berlin. In Frankreich betrug der Weizenpreis vor dem Kriege 20 Mk. für die Tonne, für die Ernte 1918 ist ein Höchstpreis von 486 Mk. festgesetzt, also Steigerung 121 Prozent.

In Deutschland sind die Höchstpreise für Getreide im nächsten Wirtschaftsjahr immer noch nicht festgesetzt, während sie bei unseren Feinden im Interesse der Ge-

weidernahrung schon längst bestimmt sind. So wird die englische Regierung für Weizen aus der Ernte 1918 75 Schilling pro Quarter von 504 Pfund = 337 Mk. für die Tonne zahlen, für Gerste 65 Schilling pro Quarter von 448 Pfund = 328 Mk. für die Tonne und für Hafer 46/3 Schilling pro Quarter von 336 Pfund = 311 Mk. für die Tonne. Angesichts dieser Verhältnisse wird es nicht mehr als recht und billig sein, auch der deutschen Landwirtschaft eine weitere Preissteigerung zu bewilligen, da sonst die Gefahr besteht, daß der Getreidebau noch mehr als bisher zugunsten anderer Kulturen zurückgehen wird.

Der geringe Wert der englischen Admiralitätsmeldungen.

A. M. Aus der Ueberschrift könnte der Leser schließen, daß hierunter der Nachweis geführt werden soll, wie unzureichend die englischen amtlichen Ziffern über den Landbootskrieg sind. Dieses Thema ist jedoch von deutscher Seite bereits so häufig behandelt worden, daß man schon der Abwechslung halber, auch einmal der Gegenseite, in diesem Falle der Wochenausgabe des „Journal of Commerce“ das Wort erteilen kann. Das angeführte Handelsblatt schreibt in der Nummer vom 24. Januar, man könne im günstigsten Fall sagen, daß die englischen Berentungsziffern sehr unvollständig seien. Immer wäre schon darauf hingewiesen worden, daß man keine Angaben über beschädigte Schiffe erhalten könne, daß aber, um einen wirklichen Einblick zu erhalten, nicht nur diese, sondern auch die gesamte Liste aller verenteten Schiffe, welcher Flotte sie auch sein, veröffentlicht werden müßte. Solange die englische Öffentlichkeit diese Aufklärungen nicht begehrt, sei der wöchentliche Nachweis von geringem Werte. Wörtlich sagt das Blatt dann weiter: „Manche von uns, die genau wissen, was bei dem heutigen Stand des Seekriegs vor sich geht, könnten eine ganze Menge erzählen, aber unter den gegebenen Umständen ist es unmöglich, von diesen Mitteilungen zum Zwecke von Gefährdungen Gebrauch zu machen.“

Was unter den letzten geheimnisvollen Andeutungen zu verstehen ist, stellt den Unterschied dar zwischen unseren Admiralitätsmeldungen und den Bekanntmachungen der englischen Admiralität, die Woche für Woche nur die Zahl der verenteten englischen Schiffe angeben. Nichts von Tonnengehalt, nichts von vernichteten japanischen, italienischen, amerikanischen und neutralen Schiffen. Nichts von den vielen Dampfern, die schwer beschädigt, in sinkendem oder brennendem Zustande eingeschleppt werden und oft ein halbes Jahr oder noch länger zur Reparatur gebrauchen. Ferner fehlen alle Angaben über Untergänge durch Minen, obwohl auch diese keineswegs gering sind. Das unvollständige Zusammenschmelzen des englischen Schiffsraums reißt aber für die Engländer eine bessere Sprache, als die amtlichen Berichte. Deshalb können wir getrost weiter unseren Landbooten die Aufklärung des englischen Publikums überlassen.

Die Rede des Vizelanzlers von Bayern.

Bei dem Interesse, das der ersten Rede des neuen Vizelanzlers über die innere Lage in Süddeutschland entgegengebracht wird, lassen wir unserem gestrigen kurzen Auszug einen ausführlicheren Bericht folgen. Nachdem der Reichslanzler seine halbstündige Rede beendet hatte, be-

trug Herr von Sayer die Rede des Reichslanzlers vor und schloß mit dem Bundesratspräsidenten und schloß ab.

Mein Herr! Wer wie ich diesem Hause so lang angehört hat, wüßte aus Ihrem Reichen heraus in die Mitte der Regierung berufen worden ist, der kann Ihnen nur ein Fremder gegenüberstehen. Umgekehrt betrachte ich Sie als einen wichtigen Bestandteil meiner eigenen Verantwortung. Ich habe stets im Hinblick auf diese meine langjährige Tätigkeit im Hause einen vertrauensvollen und reibungsfreien Zusammenwirken von Volkvertretung und Regierung die Wege zu ebnen. Heute, im vierten Jahre des Krieges, kann es für die deutsche innere Politik nur noch einen Gesichtspunkt geben, das ist

die Zusammenfassung aller Kräfte im Reich, um durch brüderliche Einigkeit, Arbeit und Opferwilligkeit in unserem heiligen Heere zu ermöglichen und zu erleichtern, seine schwere Aufgabe zu erfüllen. In diesem Zweck muß allerdings befestigt werden, was zwischen den verschiedenen Bevölkerungsklassen noch trennend steht. Den Grund zu dieser Politik hat der Beginn des Krieges, gestützt auf die Kaiserparole, vom 4. August 1914 vollgültigen Vertrauens in das ganze deutsche Volk der früheren Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg gelegt. Ich gebührt dafür immer, ich kann das nicht oft genug wiederholen, der Dank des deutschen Volkes. Er und seine Nachfolger sind auf diesen Boden getreten. In der ersten Zeit des Krieges ist das Wort des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr“ der Bürgerfrieden so gut wie allgemein respektiert worden. Dieser Selbstziplin des deutschen Volkes ist es mit zu danken, daß wir damals dem ungeklümmten und unerwarteten Ansturm unserer zahlreichen Feinde standhalten konnten, und daß heute in gesicherter Stellung die weitere Entwicklung der Dinge abwarten können.

Damals hielt der Gedanke, daß gleichen Pflichten auch gleiche Rechte entsprechen müßten, seinen Einzug in Deutschland. Es ist einleuchtend, daß denen, die wirtschaftlich schwächer sind als die anderen, dieselben mit dem ausüben müssen, was sie selbst besitzen. Es ist auch verständlich, daß die großen Massen der Bevölkerung, je schwerer die Opfer und Lasten des Krieges auf ihnen ruhen, umso mehr auch von dem Streben nach politischer Bewegungsfreiheit und nach politischer Macht, sowie nach Einfluß auf die Regierung begehrt werden. Es gibt keine Macht auf Erden, die diese Gedanken und dieses Bestreben im Deutschen Reich wider auszuweichen mächtig genug wäre. Die verblüdeten Regierungen haben von Anfang an nach beiden Richtungen dieser Bewegung Rechnung getragen. Sie waren sich ihrer Pflicht bewußt, vor allem durch die Fürsorge für die Angehörigen und Verbliebenen der ausmarschirten Krieger einzutreten. Sie haben durch die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente manche Not gelindert. Sie haben auch den freilichlichen Bedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragend, durch Abänderung des Vereinsgesetzes, durch die Novelle zum Militär-Strafgesetzbuch und durch das Schughaftgesetz die Freiheit und das Persönliche der Staatsbürger anerkannt. Sie ist gewillt, auf diesem Wege weiter zu schreiten. (Beifall.) Dem Hause ist der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes zugegangen. Es wird, so hoffe ich, langjährige Kämpfe auf diesem politischen und sozialen Gebiete friedlich schlichten.

Der Gehheimrat über die Neuordnung der Wahlkreise zum Reichstag soll schwer empfundenen Ungleichheiten ein Ende bereiten. Er soll zugleich die Probe sein die Durchführbarkeit der Verhältnismäßigkeit im großen Maßstab abgeben. Der Entwurf betreffend die Aufhebung des § 133 der Gewerbeordnung soll auf einem sehr umfänglichen Gebiet Ruhe schaffen.

Die Entwürfe der Gesetze zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und gegen die Verminzung des Geburtenrückgangs sollen schwere soziale Mißstände aus der Welt schaffen. Kommen wird auch eine Bundesratsverordnung gegen Preistreibererellen. An dem Ernst und dem Willen der Reichsleitung, nicht etwa bloß die Stimmung zu beschwichtigen, sondern berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen, kann daher niemand zweifeln. Die Beratungen der Reichsregierung haben das weite Gebiet der Wohnungsfürsorge ins Auge gefaßt. Es werden ausgiebige Staatsmittel zu Hilfe genommen werden müssen. Für diese Mittel aufzukommen, ist in erster Linie Pflicht der Einzelstaaten. Die Reichsleitung vertritt aber nicht, daß die erforderlichen Leistungen weit über die Kräfte der Einzelstaaten hinausgehen können und sie ist bereit, im Interesse der bedürftigen Bevölkerung auch ihrerseits ohne alle Anstöße die Kompetenzfrage mitzumachen.

Das hervorragendste Beispiel ist die Beibringung eines Gesetzes über die

Willst du dich selber erkennen, sieh, wie die andern es treiben; Willst du die andern verstehen, lies in dein eigenes Herz.

Mächtiger als Gold.

Roman von R. Witzke.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

27. Kapitel.

Es war am zweiten Tage nach der bedeutsamen Unterredung, in der Dr. Werner Krönung seiner Gattin den Beschluß ihrer Verbannung nach Amerika mitgeteilt hatte. Der Justizrat hatte sich während dieser zwei Tage kaum in seiner Stadtwohnung blicken lassen, und Frau Lydia war unter dem Vorwande einer heftigen Migräne aus ihrem Zimmer geblieben. In kurzen Zwischenräumen hatte Edith sich nach dem Befinden der Tante erkundigt, aber sie war immer nur für wenige Minuten bei ihr geblieben, weil Frau Lydia sie durch ihr Benehmen nicht darüber in Zweifel gelassen hatte, daß ihr jede Gesellschaft auf die Kerwen falle, und daß sie am liebsten allein sei.

Nun aber, am Abend des zweiten Tages, saßen die beiden Damen doch wieder in dem kleinen Salon beieinander; Frau Lydia mit einem der französischen Romane, für die sie eine besondere Vorliebe hatte, und Edith mit einer feinen Handarbeit, die unter ihren oft untätigen in Schöße ruhenden Fingern freilich nur sehr langsame Fortschritte machte. Sie sah bloß und niedergeschlagen aus. Eine merkwürdige Veränderung war seit dem Abend des Hausbalks mit ihr vorgegangen, und zum erstenmal hatte sie heute die Einladung der Gräfin Rechberg zum gemeinschaftlichen Besuche eines Konzertes abgelehnt. Mit einer gewissen Spannung beobachtete Frau Lydia über

das Buch hinweg das reizende Gesicht ihres Pflegesösterreichers. Der eigenartige Wechsel in dem Aussehen und dem Wesen des jungen Mädchens hatte ihrer Aufmerksamkeit nicht entgehen können, und sie wäre keine Frau gewesen, wenn sie die Erklärung nicht in einem Liebesstummer gesucht hätte. Ein solcher Kummer oder konnte seine Ursache nur in einem Zerwürfnis mit dem Oberleutnant Konrad von Hüningsfeld oder doch in einer Abkühlung der Beziehungen zwischen den beiden jungen Leuten haben. Nichts hätte ihr erwünschter sein können als das, aber sie war immerhin klug genug, seine Frage zu stellen, wie stark auch ihr Verlangen sein mochte, Gewißheit darüber zu erhalten. Solche Dinge ließ man am besten seinen Lauf nehmen, ohne daran zu rühren. Denn wenn sie jetzt Del ins Feuer zu gießen suchte, so erreichte sie nicht gerade das Gegenteil von dem, was sie zu erreichen wünschte. Und eine solche Ungeheuerlichkeit würde sie sich niemals verziehen haben.

Sie hatte ein paarmal versucht, ein Gespräch über gleichgültige Dinge mit Edith zu beginnen, aber sie hatte immer so einseitige und zerstreute Antworten erhalten, daß sie endlich alle Bemühungen aufgab, und daß es ein recht schweigesames Beisammensein geworden war.

Da erschien die Jose mit einem eben eingetroffenen Briefe für das gnädige Fräulein. Frau Lydia, die ihre fagenannte Nichte jetzt natürlich mit verdoppelter Schärfe beobachtete, nahm sofort wahr, daß dem Anblitz der Handschrift eine heiße Rote in Ediths Wangen aufstieg, und daß sie den Umschlag mit einer Hast erbrach, die ihrem Wesen sonst fremd war. Um so tiefer aber wurde dann während des Lesens die Blässe, die ihr Gesicht überzog, und an ihren Mundwinkeln erschien ein bitterer Zug, der ihr mit einem mal ein seltsam verändertes Aussehen gab.

Schweigend faltete sie das Blatt zusammen und stand auf, wie wenn es ihre Absicht sei, sich zu entfernen.

„Willst du mich schon wieder allein lassen, Kind?“ fragte die Justizrätin sehr freundlich und mit einem Unterfang sanftesten Vorwurfs. „Ich war so froh, dich endlich einmal auf ein Stündchen ganz für mich zu haben. Es sind doch keine unangenehmen Neuigkeiten, die dieser Brief dir gebracht hat?“

„Nein, liebe Tante“, kam mit merklicher Unsicherheit die Antwort. „Es ist nichts von Bedeutung.“

„Darf man nicht erfahren, von wem der Brief ist?“

„Von meiner Freundin Thessa von Hüningsfeld. — Und du kannst dir wohl denken, liebe Tante, daß mir uns nichts besonders Wichtiges zu schreiben haben.“

Das war wie eine Bestätigung der von Frau Lydia gehegten Vermutung. Nun aber war ihre Reugier doch so lebhaft geworden, daß sie wahrheitslieblich, allen Regeln der Klugheit entgegen, doch noch mit weiteren Fragen auf das junge Mädchen eingedrungen wäre, wenn nicht der unerwartete Eintritt des Justizrats ihr Gespräch unterbrochen hätte.

Doktor Werner Krönung kam daher wie ein alter, müder Mann. Seine Haltung war gebeugt, sein Gesicht bagerer als sonst, und das Haar an seinen Schläfen erschien beinahe völlig weiß. Während er sich begnügte, seine Frau mit einem summen Kopfnicken zu begrüßen, ging er auf Edith zu und ersah sie zärtlich ihre beiden Hände.

„Ich bin der Ueberbringer einer traurigen Nachricht, mein liebes Kind“, sagte er mit geprehter Stimme, in der es wie mühsam verbaltener Schmerz zitterte. „Du hast verloren einen vielleicht unersehlichen Verlust erlitten!“

Frau Lydia wußte selbstverständlich sofort, um was es sich handelte; aber sie mußte sich ohnungslos stellen, da sie ja nicht verraten durfte, daß sie sich zu allem andern auch nach einer Verletzung des Briefgeheimnisses schuldig gemacht hatte.

„Am Himmelswillen, Werner!“ rief sie. „Das Klinge ja wie die Einleitung zu einer Trauerbotschaft! Woher wen könnte sie betreffen? Es ist doch nicht etwa der Gräfin Rechberg ein Unglück zugefallen?“

Er schüttelte den Kopf, aber seine Augen blieben auf Ediths bloßes Gesicht gerichtet, das ihm mit einem Ausdruck qualvoller Spannung zugewendet war.

„Mein Vormund?“ fragte sie leise. „Sage mir, Daniel, ist es mein Vormund, den ich verloren habe?“

„Ja. — Ich komme geradeswegs von seinem Sterbelager. Es war ihm nicht bestimmt, die Heimat wiederzusehen, die er um demetwillen verlassen hatte.“

Edith mochte ihre Hände frei und drückte das Taschentuch an die Augen. Aber schon nach wenig Sekunden ließ sie es wieder sinken. Die für einen Moment heiß ausstrahlenden Tränen waren rasch wieder verfliegt.

Fortsetzung folgt.

Die Beratung des Wahlrechts im Abgeordnetenhaus

und im Herrenhaus. Nichts liegt mir ferner, als die Wünsche in die Kugelhülle des Bundesstaats Preußen einzuschließen. (Heiterkeit links, Unruhe rechts.) Es kann sich aber doch niemand der Ansicht verschließen, daß der Umstand, daß für das preussische Abgeordnetenhaus ein dem Reichstagswahlrecht gleiches oder ein ihm entgegengegesetztes Wahlrecht gilt, schon wegen der starken Einwirkung des Staates Preußen auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches, oft in die Verantwortlichkeit des Reiches eingreift. (Leb. Beifall links.) Deshalb können politische Erwägungen über diese Frage auch in diesem Hause nicht unterlassen werden, wie ja auch die Frage des preussischen Wahlrechts charakteristischweise in der Streikbewegung der letzten Wochen, obwohl sich diese keineswegs auf Preußen beschränken sollte oder beschränkt hat, eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat. Die Rechtsleitung wird sich schon aus bundesstaatlichen Rücksichten bei dieser Frage zurückhalten, wenn sie es auch der Stimmung im Reich entsprechend bezügl. würde, wenn die preussische Regierung ihre Ansicht vermittelnd und den harten Streit so beendigen könnte, wie sie genügt ist. Die Rechtsleitung sieht dabei durchaus auf dem Boden der jüngsten Erklärung des Reichskanzlers und preussischen Ministerpräsidenten gegenüber dem Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses und des preussischen Ministeriums des Innern, die sich beide und nicht anders äußern lassen, daß der Standpunkt der kaiserlichen Hofkanzlei vom 11. Juli unverändert festzuhalten und dementsprechend die Reform durchgeführt werden muß. Allerdings ist vor wenigen Tagen durch den bekannten Beschluß der Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Fortsetzung auf ein tates Geleise gekommen. Alle staatsrechtlichen Möglichkeiten werden jetzt mit einem Eifer diskutiert, als wenn der Entwurf endgültig gescheitert wäre. Ich kann nicht annehmen, daß dem so ist. Es ist im parlamentarischen Leben so mancher Entwurf mindestens ebenso gescheitert gewesen wie dieser und ist doch zustande gekommen. So kann an die Möglichkeit nicht glauben, daß die Parteien, in deren Hand nun die Entscheidung liegt, sich der Einsicht verschließen werden, was sie in diesen kritischen Stunden der Allgemeinheit schuldig sind. Aber sie werden auch den Verdacht weit von sich weisen, als ob es auf eine doch sehr schlechthin unmögliche Verschärfung abgesehen sei. Ueber das zu erwartende Resultat der weiteren Verhandlungen hat heute wohl niemand ein unfehlbares Urteil, aber Schlüsse lassen sich aus bekannten Tatsachen immerhin ziehen. Wenn Sie meine persönliche Meinung darüber interessiert, so kann ich sie dahin zusammenfassen: Nach meiner festen Überzeugung besteht die Gemächlichkeit, daß das im Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt, es besteht die begründete Hoffnung, daß es auch bald kommt. (Leb. Beifall links.) In dem Maße als die verschiedenen Regierungen sich zu Tugenden einer der neuen Verfassungen erheben, ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Vollziehung der Verträge zu ihnen gewachsen. Das weitere Zusammenarbeiten soll ohne historische Rekonstruktionen und ohne an Schlagworten hängen zu bleiben, dadurch erreicht werden, daß man im Wege der Verständigung durch Aufnahme einzelner des Vertrauens ihrer Kollegen geltender Parlamentarier aus dem Reichstag und preussischen Landtag in die Reichsregierung und preussische Regierung das gegenseitige Vertrauen zwischen der Regierung und Volksvertretung zu stärken, der gemeinsamen Politik feste Grundlagen zu geben und die Führung der Geschäfte zu erleichtern sucht. Wie dieser Versuch, an dem ich selbst teilzunehmen zu sein ich die Ehre habe, ausfallen wird, ist mir selbstverständlich noch nicht übersehen. (Zug. Appl. (Kong.): Sehr richtig! (Rechts.) (Rechts.) Soweit ich die Dinge übersehen kann, ist die Hoffnung berechtigt, daß diese Kriegsschöpfung den Krieg überdauert.

Streik.

Dem Standpunkt der Allgemeinheit aus muß er aufs tiefste beklagt und verurteilt werden. Traurig genug, daß man jetzt darüber streitet, wer ihn veranlaßt habe, die eigenen Volksgenossen oder das feindliche Ausland. Geschadet hat er schon dadurch, daß er die Hoffnungen unserer Feinde auf unehren polizeilichen und wirtschaftlichen Zusammenbruch aufhob gestiegt und dadurch unsere Aussichten auf Frieden beeinträchtigt hat. Niemand kann wissen, ob er nicht den Krieg ganz direkt verlängert hat. Es haben denn auch die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei ihre Verurteilung an dem Streik zunächst abgelehnt. Es war ein Fehler, daß sie sich dann ihm, wenigstens teilweise angeschlossen haben. Dadurch haben sie die Bewegung, die sie selbst als unehrenhaft und schändlich räumten haben, gestärkt. Umstände anderer Art, wesentlich wohl die Befremdung und Entschlossenheit des obrigkeitlichen Eingreifens (Voraus bei den Sozialdemokraten), die Ausfalllosigkeit, Entschlossenheit, der Mangel an Geld haben wohl mehr der Bewegung ein Ende bereitet. Die Zweifel, die mit dem Streik verbunden sind, werden wohl verschärfender Art gewesen sein. Ich glaube nicht, daß irgend jemand ernstlich geglaubt hat, daß auf dieses Signal hin sich nun das in den Fabriken beschäftigte deutsche Volk erheben, das doch immerhin recht erträgliche Löhne seiner Regierung abwerfen und fern in dem mit den sogenannten Protestanten aller Länder des Deutschen Reichs mit dem idealen Regiment der Volksherrschaft beladen werde. Wenn etwas der Zweck gewesen ist in Preußen durch den Streik zu stärken, so hat umgekehrt nichts das Zusammenkommen des Geistes so gefördert, als eben dieser Streik durch die Art, wie er von den Gegnern des Wahlrechts politisch ausgelegt worden ist. Ebensoviele einleitend ist der Gedanke, durch den Streik die Ernährungsschwierigkeiten zu beseitigen. Auch nur als Demonstration gedacht, magte er in dieser Richtung wirkungslos bleiben, weil eine Demonstration nur dann einen Sinn haben könnte, wenn es an dem guten Willen, an der Leitung der betreffenden Organe fehlen würde, was man gewiß nicht sagen kann. Es ist auch schwer, sich vorzustellen, wie in der Frage des Belagerungszustandes, der Schenkung, der Zensur usw. durch diesen Streik eine Befreiung herbeigeführt werden soll. Endlich wird behauptet, daß der Streik die baldige Herbeiführung des Friedens erreichen sollte. Das würde aber doch voraussetzen, daß auch entsprechende radikale Parteien in den uns feindlich gesinnten Ländern sich dem anschließen, und außerdem müßten sie doch hart genug sein, die Arbeiter in ihren Ländern an sich zu reißen. (Kong. legenden usw.) Dieser Wille genügt, nirgends diese Macht. Umgekehrt ist unabweisbar der nahegelegende Gedanke aufdrängt, daß die Möglichkeiten eines Friedens um so weniger von uns abzusehen, je mehr die Gegner an diesem Ende innere Kämpfe bei uns glauben.

Aber auch außerhalb der Reihen der Streikenden wird gegen das Gebot der Zusammenhaltens schwer gesündigt, nicht bloß von links, sondern

auch von rechts. Wie dort von links, so glaubt man hier rechts dadurch seiner Politik Kraft geben zu können, daß man denjenigen, die anderer Meinung sind, den guten Glauben abspricht. (Sehr wahr! links. Große Unruhe rechts. Zurufe rechts: Diese Gleichgültigkeit ist unerträglich.) Daß es nur ein kleiner Bruchteil der deutschen Bevölkerung ist, der sich auf diesen Boden stellt, wird von unseren Feinden nicht weiter beachtet, und das ist erklärlich, wohl bekanntlich aus Widerständen

ist geklärt. Auch ist den Schreit größeres Bedrückung werden können als sie in Wirklichkeit haben. (Sehr gut! links. Unruhe rechts.) So haben die Feinde die Wahl, ob sie die Felle gegen uns aus dem Köcher der äußersten Rechten oder der äußersten Linken entnehmen wollen. (Unruhe rechts.) Es wäre für unsere Brüder an der Front und zu Hause viel besser, wenn man nicht immer wieder die Herzen mit dem hängen Sorge erhalte, daß die Interessen des Vaterlandes in höchster Gefahr seien, wenn nicht nach dem Willen eines Minderheitsregimentes (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit, Unruhe rechts), und es ist ein schwerer Schaden, wenn, wie in Berlin öfters unter beifolgendem Beifall einer tausendköpfigen Menge in der letzten Woche (gemeint ist die Hauptversammlung des Bundes der Landwirte. V. Schr.) Schlagworte wie die von der niederträchtigen Friedensresolution des Reichstags geprägt wurden, und das Bild des erschritten Reichskanzlers heraufbeschworen wird, auf den geschrien wird, der aber auch schreit. (Hört hört! und Beifall bei der Mehrheit, Unruhe und ertregte Zurufe rechts. Man hört u. a. das Wort: Der rote Staatsmann.) Demgegenüber ist Disziplin zu halten, selbst oder Disziplin zu zeigen. Wer diese Disziplin nicht zeigen kann, der vertritt das Recht, aber andere zu rufen.

Ueber Zensur, Schenkung und Belagerungszustand

sehen neue Debatten in Aussicht. Auf eine grundsätzliche Regelung dieser Fragen durch vollständige Umänderung der bestehenden Gesetzgebung kann meines Erachtens während der Dauer des Krieges nicht mehr gerechnet werden. Wie werden uns darauf beschränken müssen, praktische Lösung zu versuchen. Das neue Steuergesetz kommen, ist für keinen Menschen überraschend. So hart sie drücken mögen, ist es doch richtiger, den Etat mit ihrer Hilfe im Gleichgewicht zu halten, als einem Grundhaushalt zu huldigen, der ohnehin bereits allmählich sich überall breit zu machen beginnt, daß wenn man schon so viele Schulden habe, es auf einige hundert oder tausend Millionen mehr oder weniger nicht ankommt. Kein Poet kann stark genug sein, um die Gefahr zu zeigen, die in dieser verlockenden Kogit liegt.

Ernährungsfragen

werden wieder eine große Rolle spielen. Eine Verkürzung unserer Produktion wird zur Zeit nicht in Frage kommen. Diese Verkürzung darf aber niemand veranlassen, die Pflicht gegen das Vaterland, sich auf das Notwendigste einzuschränken und die Produktionsmittel zu erhalten, auf die leichte Fahne zu nehmen. Die aus der Ukraine erlassenen Mengen können wir nicht als bereits geliefert einstellen. Betschlag wird die Befreiung geliebt, daß die kriegswirtschaftlichen Organisationen für Lebensmittel und Rohstoffe als Substrate und monopolistische Einrichtungen über den Krieg hinaus, vielmehr für immer, vom Reich auf Kosten der Freiheit und Selbständigkeit der Einzelnen aufrecht erhalten werden können. Die Rechtsleitung denkt nicht daran, Organisationen, die wohl für den Krieg notwendig aber auch nur für ihn geschaffen sind, zu vereiteln. Sie wird festhalten an der wertvollsten Unterlage unseres Wirtschaftslebens, sie wird die Bewegungsfreiheit und Initiative des Einzelnen zugunsten eines Staatssozialismus nicht aufheben. Es muß hervorgehoben werden, daß diese Organisationen nicht der Abschluß des Friedensvertrags mit einem Schlag beseitigt werden sollen. Die Wirtshaus von Handel und Industrie bei der Neuorganisation wird uns die Befreiung wesentlich erleichtern.

Ich komme zurück auf den

Ruf nach Einheit und Zusammenhalten. (Lebhafte Zurufe rechts: Sie haben die Einheit nicht gefördert! (Stürmischer Widerspruch links und orientierter Beifall. Andauernde Unruhe im Hause.) Jahre der Entschörungen liegen hinter uns, aber wir wissen, daß uns diese Entschörungen nicht zum Frieden zwingen werden. Nur eines können unsere Feinde noch helfen: Die deutsche Uneinigkeit. (Erregte Zurufe rechts, stürmischer Widerspruch und Beifall links.) Wir sind es unsern kühnen Helden und seinen heroischen Führern schuldig, ohne Ansehen der Person auf allen Seiten das zurückzuweisen, was uns trennt. (Zurufe: Das tun Sie bei der Mehrheit und auf den Tribünen. Erneut lebhafter Beifall links und im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Von Handelskassen und das Phänomen entspricht nicht der Würde des Hauses. Ich schlage vor, die nächste Sitzung morgen um 11 Uhr abzuhalten. (Zurufe: Freiere v. Camp (Ap) und Abz. Prinz Sch. nach-Carolath (Nat.) beantragen, den Anfang der morgigen Sitzung auf 1 Uhr festzusetzen.)

Abz. Graf Westarp (Kong.): Ich beantrage, die Sitzung erst um 2 Uhr beginnen zu lassen, damit wir genügend Zeit haben, den Wortlaut der herausfordernden Rede zu studieren, die wir soeben gehört haben. (Lebhafter Beifall rechts und Widerspruch links.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Grafen Westarp gegen die Stimmen der Konfessionslosen abgelehnt. (Ständehalten und Zurufe links.) Der Beginn der Sitzung wird auf 1 Uhr festgesetzt mit der Tagesordnung: Fortsetzung der allgemeinen Aussprache über den Etat. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Wählerereien gegen Ludendorff.

Berlin, 26. Febr. Amtlicher Meldung zufolge hat der Chef des Kriegspressenamts am 11. Februar Vertretern der Presse die Mitteilung gemacht, daß nach ungewisshafte glaubwürdigen Meldungen der feindliche Verband, da er offenbar auf den Sieg seiner Waffen und die Auslieferung nicht mehr zu hoffen wagt, mit raffinierten Mitteln eine Wählererei gegen General Ludendorff ins Werk setzt, um den Generalquartiermeister von Hindenburg zu trennen und eine tiefe Kluft im deutschen Volk zu schaffen, wovon der Verband seine Rettung erwartet. Die Feinde wollen sich des Führers berauben, der die rechte Hand Hindenburgs ist. Der Chef des Kriegspressenamts forderte die Zeitungsvertreter auf, durch ihre Haltung von vornherein auch diese Hoffnung der Feinde zu zerstören. Es sollte dringend vermieden werden, Ludendorff in den Parteienkampf hineinzuziehen. Der Abg. Erzberger, der von den „Leipz. N. Nachr.“ wiederholt mit der Hebe gegen Ludendorff in Zusammenhang gebracht wurde, erklärt in der „Germania“, daß er damit nichts zu tun habe, wenn er auch politisch auf Seiten Ludendorffs stehe. Bezüglich Litauens sei er (Erzberger) der Meinung, daß Litauen ein unabhängiger Staat mit Anschluß an Deutschland werden solle. Auf seinen Rat sei der Bischof von Nowino zu General Ludendorff ins Große Hauptquartier geehrt, wo in einer Aussprache vollkommene Einigkeit über die Unabhängigkeit Litauens festgestellt worden sei.

Die „Sächsischen Staatsztg.“ erklärt die Nachricht der „Deutschen Zeitung“, daß das Königreich Sachsen im Bundesrat einen Antrag auf engere Verbindung Litauens mit Sachsen gestellt habe, für unzutreffend. Die Erwägungen über die „Kultur Litauens“ stehen noch. (Nach dem

„Täg. Rundschau“ handelt es sich darum, daß der jüngere Sohn des Königs Friedrich August, Prinz Friedrich Schönikan (geb. 1893) möglicherweise für den litauischen Thron bestimmt sei. Vor zwei Jahren schon habe Bethmann Hollweg dem Prinzen Johann Georg (Bruder des Königs) die polnische Krone angeboten, die von diesem aber abgelehnt worden sei. (Sachsen war bekanntlich von 1697 bis 1733 mit Polen-Litauen durch Personalunion durch die Kurfürsten Friedrich August I. (als Polenkönig August II.) und Friedrich August II. (III.) verbunden.)

Die rumänischen Friedensverhandlungen.

Budapest, 26. Febr. „Pesti Naplo“ schreibt zu den rumänischen Friedensverhandlungen, die freie Donau, die Befreiung der Donaustraße und die Berichtigung der siebenbürgischen Grenze (zu Gunsten Oesterreich-Ungarns) seien unbedingte Forderungen der Donau-Monarchie.

Genf, 26. Febr. Das Pariser „Petit Journal“ meldet, die Alliierten haben die militärischen und politischen Verträge mit Rumänien aufgehoben. (Nach der Londoner „Morningpost“ sind die Guthaben Rumaniens in England, Frankreich und Italien beschlagnahmt worden.)

Petersburg, 26. Febr. (Pet. Tel.-Ag.) Die Ernennung von Kossow am Don durch Sowjettruppen wird bestätigt.

Amsterdam, 26. Febr. Die „Times“ erfahren aus Petersburg, daß das maximalistische Heer in der Hauptsache aus Arbeitslosen zusammengesetzt ist, deren Zahl infolge der durch den deutschen Vormarsch veranlassenen Schließung von Fabriken stets größer geworden ist. Eine kleine Anzahl russischer Soldaten hilft den Bolschewiki bei der Organisation von Truppen zu 1000 bis 1500 Mann, deren Aufgabe es sein soll, die deutschen Angreifer zu beunruhigen.

Stockholm, 26. Febr. Dem schwedischen Ministerpräsidenten wurde eine mit 63000 Unterschriften versehene Bitte um Lieferung von Waffen für Finnland überreicht.

London, 26. Febr. Gerüchweise verlautet, daß die Gesandtschaften der Alliierten von Petersburg abziehen wollen.

Der Krieg zur See.

Berlin, 26. Febr. (Amtlich.) S. M. Hilfskreuzer „Wolf“ hat in Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben mindestens 33 feindliche oder für den Feind fahrende Handelsschiffe mit einem Gesamttonnagegehalt von mindestens 210000 BRZ vernichtet oder so schwer beschädigt, daß ihre Wiederverwendung für längere Zeit ausgeschlossen ist. Es handelt sich vorwiegend um große, wertvolle englische Dampfer, deren gleichzeitiger Ertrag in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Mehrere dieser Dampfer waren besetzt englische Truppentransportschiffe, ihr Untergang hat entsprechende Menschenverluste zur Folge gehabt. Ferner sind durch die Kriegsmassnahmen des Hilfskreuzers „Wolf“ der japanische Unterschliffkreuzer „Harune“ von 28000 T. Wasser verdrängt, und ein englischer oder japanischer Kreuzer, dessen Namen nicht festgestellt werden konnte, schwer beschädigt worden.

Amsterdam, 26. Febr. Wie die Niederländisch-Japanische Presseagentur aus Batavia meldet, ist der japanische Kreuzer „Kafuga“, der vor längerer Zeit bei Wandfraits strandete, endgültig als verloren zu betrachten.

Die Ereignisse im Westen.

Der englische Bericht.

London, 26. Febr. Bericht von gestern abend: Feindliche Streifabteilungen bei St. Quentin und Boesinghe wurden abgewiesen. Die feindliche Artillerie entwickelte einige Tätigkeit vorwiegend von Cambrai, im Tale der Scarpe, nördlich von Arras und nördlich von Ypern. Unsere Artillerie zerstörte feindliche Abteilungen in der Nähe von La Bassée. — Flugwesen: Am 24. Februar führten unsere Flugzeuge Erkundungen aus. Es wurden Bomben auf feindliche Unterstände, Truppenlager und Arbeiterabteilungen abgeworfen. 2 unserer Flugzeuge wurden vernichtet. Nach Einbruch der Dunkelheit warfen unsere Schwärme über 200 Bomben auf feindliche Flugparke bei Courtrai und auf Unterstände nördlich von St. Quentin. — Unsere Flugzeuge sind zurückgekehrt.

Der amerikanische Bericht

(in Frankreich) vom 25. Februar:

Die amerikanische Patrouille drang in Verbindung mit einer französischen Patrouille unter französischem Befehl am Samstag morgen im Chemin-des-Dames-Abchnitt einige hundert Meter in die deutschen Linien ein, nahm zwei Offiziere und 20 Mann gefangen und erbeutete ein Maschinengewehr. Starke Artillerieartillerie seit einigen Tagen im amerikanischen Frontabschnitt nordwestlich von Toul, wo der Feind seine Artillerie verschanzte.

Neues vom Tage.

Nizza, 26. Febr. (Gavas.) Der König und die Königin der Belgier haben Nizza verlassen, um sich nach Paris nach Belgien zurückzubewegen.

Unruhen in Costa Rica.

Newport, 26. Febr. (Neuter.) Ein Telegramm aus San Jose (Costa Rica, Mittelamerika) meldet: In verschiedenen Teilen Costa Ricos brachen Unruhen aus, die jedoch unterdrückt wurden. Die Ordnung ist wiederhergestellt. Die Unruhen begannen am letzten Freitag, als eine Bande unter Führung des Herausgebers der Zeitung „Indarcial“, die von der Regierung unterdrückt war, bei San Jose einen Versuch unternahm, Anschreitungen folgten in Cartago und Turrialba, aber die Aufständischen wurden zerstreut. Eigentum wurde nicht zerstört und die Verluste an Menschenleben sind gering.



Reichstag.

Berlin, 25. Febr.

Der Reichstag hat heute die Sitzung eröffnet. Auf die Anfrage des Abg. Hecker (S. D.) über die Stellung zu den Forderungen in England und in seinen Kolonien, antwortete der Reichskanzler v. Helldorf: Das Schicksal der Deutschen wird mit Eifer verfolgt. Beschwerden sind wiederholt erhoben worden. Erfolge sind schon erzielt. Die deutsche Regierung wird weitere Maßnahmen ergreifen. Insbesondere die den Kolonialgefangenen zuzuführenden Lebensmittel durch neutrale Hilfe zu beschaffen. Am schlimmsten steht es um die Deutschen in den englischen Kolonien. Die Behandlung dort ist bedauerlich. Die Reichsregierung wird die vollständige Klärung dieser Angelegenheit verlangen. Die Freilassung der Gefangenen, die erste Forderung des Reichskanzlers ist.

Der Reichstag hat heute die Sitzung eröffnet. Auf die Anfrage des Abg. Hecker (S. D.) über die Stellung zu den Forderungen in England und in seinen Kolonien, antwortete der Reichskanzler v. Helldorf: Das Schicksal der Deutschen wird mit Eifer verfolgt. Beschwerden sind wiederholt erhoben worden. Erfolge sind schon erzielt. Die deutsche Regierung wird weitere Maßnahmen ergreifen. Insbesondere die den Kolonialgefangenen zuzuführenden Lebensmittel durch neutrale Hilfe zu beschaffen. Am schlimmsten steht es um die Deutschen in den englischen Kolonien. Die Behandlung dort ist bedauerlich. Die Reichsregierung wird die vollständige Klärung dieser Angelegenheit verlangen. Die Freilassung der Gefangenen, die erste Forderung des Reichskanzlers ist.

Amtliches.

Sparfameit beim Verbrauch von Wasser.
Das Rgl. Oberamt Nagold macht bekannt: Den Gemeinden wird die größte Sparfameit beim Verbrauch von Wasser zur Pflicht gemacht. Insbesondere kommt dies bei den Anlagen in Betracht, bei denen das Wasser künstlich gefördert wird.
Es muß erreicht werden, die Maschinen möglichst zu schonen, da die Beschaffung von Reparaturteilen immer schwieriger wird und auch mit dem Betriebskostfaktor höchste Sparfameit geboten ist.

Landesnachrichten.

Altenstein, 27. Februar 1918

Das Eisenerz Kreuz hat erhalten: Hiff, Hans Rupp, Ing. der Elb-Bedienstetelle, Sohn des verst. Chr. Rupp, Schuhmacher in Kaufbeuren; Traubenwirt Rothfuß in Wildberg.
Berlitten wurde das Wilhelmkreuz: Schultheiß Kähler in Breitenberg, Landwirt Scheub in

Swerenberg, Schultheiß Killinger und Köhler Seybold in Rohrdorf.

Das Charlottenkreuz: Frau Inspektor Hermann in Nagold-Waldbach, Frau Justizratmann Hadelmayer in Untal.

Der Briefverkehr mit der Schweiz. Es bedürfen noch Anklärten, wie sich nach der Erhöhung des Posttarifs das Porto der Briefe nach der Schweiz gestaltet. Postbriefe bis zu 50 Gramm und Postkarten sind nach wie vor frei, wenn sie an Angehörige der Krieger gerichtet sind. Sie müssen mit der Aufschrift „Postbrief“ versehen sein, und trägt den Stempel des Truppenteils tragen. Im kleinen Umkreisverkehr kosten Briefe nach der Schweiz 15 Pf., Postkarten 10 Pf. Im weiteren Verkehr mit der Schweiz kosten Briefe bis zu 20 Gramm 20 Pf.

Leitlingen, 26. Febr. (Realnarr.) Die hiesigen Kollegien haben an die Ministerialabteilung für höhere Schulen die Bitte gerichtet, die hiesige sechs-klassige Realschule mit Progymnasium mit 314 Schülern zu einer Realschule auszubauen. (Die gleiche Absicht besteht in Rottweil bezüglich der dortigen Realschule.)

Ulmetal, 26. Febr. (Einzel.) Einige in der Nähe des Baches wohnende Knaben begaben sich auf die noch vorhandene dünne Eisschicht. Sie brach mit einem von ihnen an einer Stelle 1 1/2 Meter tiefen Stelle ein. Der Knabe sank unter und konnte infolge des Eises nicht mehr an die Oberfläche gelangen. Frau Sophie Forchmer, die vom Fenster aus den Vorgang ansah, eilte schnellstens an das Wasser und rettete den Kleinen dem Wasser. Ein von seinem Tode des Getrunken rettend.

Letzte Nachrichten.

Der Abendbericht.

Berlin, 26. Febr., abends. (Amilich.) Die Operationen im Osten nahmen den beabsichtigten Verlauf. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Berlin, 27. Febr. Laut Berliner Tageblatt meldet die Daily Mail, das britische Kabinett habe sich in einer Sitzung am Freitag bereit erklärt, in die von Wilson gewünschte Nachprüfung der Versailler Kriegzielbeschlüsse einzutreten.

Stockholm, 27. Febr. (Amilich.) „Winea“ einer der schwedischen Dampfer der Rettungsexpedition in Finnland, wurde gestern Vormittag vom Eis gebrochen und sank. Passagiere und Besatzung konnten an Bord der anderen Schiffe gerettet werden. Das Unglück fand 13 Distanzmeilen südwestlich Rantaplaste statt.

Berlin, 7. Febr. Das gestern von dem Unterstaatssekretär, von dem Botschafter dem Reichstag mitgeteilte Ultimatum steht, wie der Berliner Lokalanzeiger schreibt, etwas anders als das der Frieden, von Herr Trotsky am 10. Febr. in Brüssel mitgeteilt haben konnte. Wir setzen zu unserer hohen Freude, das das Wort von dem Freidrief, welches wir unsern Feinden nicht einräumen können und werden, wenn sie glauben, den Krieg um ihrer Erwerbungs- und Vernichtungsziele willen beträchtlich in die Länge ziehen zu können, mehr war als eine bloße Bedrohlichkeit. An den Grundlagen unserer Friedensvorstellungen haben wir zwar festgehalten, aber Vorbehalten über die

Art und Weise, wie dieser Willen zu bekämpfen sei, lassen wir uns nicht mehr machen.

Das Berliner Tageblatt schreibt: Unsere Methode hat sich im gegenwärtigen Augenblick als sehr wirksam erwiesen. Trotsky und Joffe sind bereits nach Brüssel unterwegs. Sie werden dort alles unterzeichnen, auch den Artikel 1, wonach Rußland und Deutschland fortan in Frieden und Freundschaft zu leben gedenken.

In den Berliner Newstern Nachrichten liest man: Das Ultimatum enthält alles, was wir im Augenblick fordern können. Und wie dürfen annehmen, das sich auf dieser Grundlage die Verhältnisse im Osten in kürzester Zeit so gestalten werden, wie wir es für unsere Sicherheit und unsere wirtschaftliche Entwicklung fordern müßten.

Die Postliche Zeitung meint: Das friedliche und freundschaftliche Verhältnis zu Rußland wird solange dauern wie die Bereitschaft künftiger russischer Regierungen, das jetzt ungeliebte Desinteressement äußerlich und innerlich zu wahren.

Die Berliner Volkszeitung sagt: Die deutschen Bedingungen sind insoweit verschärft worden, als Sicherheiten für die Gebiete Rußlands gefordert wurden, die unseren Schatz angerufen haben. Wir haben diesen Schatz fast ohne Blutverlust ausüben können und die Ergebnisse unserer Aktion retten Millionen die Freiheit und Tausende das Leben. Darin liegt letzten Endes auch ein hoher moralischer Gewinn und wir hoffen, daß in Rußland weite Kreise darin auch unseren Verständigungswillen sehen werden, der Rußland die äußerste Schwächung durch den Bürgerkrieg ersparen möchte.

Die Berliner Morgenpost hat auch die gestrige Rede Scheidemanns für ein Meisterwerk von besonderem rhetorischem Glanz, sie schreibt aber: Wenn Scheidemann der Frieden mit Rußland so ganz und gar nicht gefällt, und von diesem Frieden dauernde Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland befürchtet, so sind wir da freilich ganz anderer Ansicht.

Zu dem von Scheidemann provozierten Streit über den Streit äußert die Deutsche Tageszeitung: Der Beifall, den die Ausführungen Waltrafs bei allen bürgerlichen Parteien fanden, bewies, daß die Regierung sich in der Streiffrage voll auf das gesunde Empfinden des deutschen Volkes stützen kann.

Petersburg, 25. Febr. (Pet. Tel. Ag.) Auf Anordnung des Rates der Volksbeauftragten ist eine Abordnung nach Brüssel-Berlin entsandt worden, um den von der deutschen Regierung vorgeschlagenen und in der Sitzung vom 24. Februar 4 Uhr morgens von dem ausführenden Hauptauschuss in Petersburg angenommenen Frieden zu unterzeichnen. Mitglieder der Friedensdelegation sind Trotski, Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten, Dikelschewski, Sokolow, Petrowitsch und Alexiew. Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre der Linken: Ferner Delegationssekretär Karakhan, Joffe und militärische Sachverständige.

Wahrscheinliches Wetter.

Der Hochdruck zieht wieder ab. Am Donnerstag und Freitag ist meist bedecktes und mit vereinzelt Nieselregen verbundenen Wetter zu erwarten. **SW.**

Druck und Wind der W. Nieder- und Hochdrucke. **SW.**
Für die Schriftleitung verantwortlich Ludwig Lauf.

Bienenzüchter-Versammlung

am Sonntag, 8. März, nachm. 3 Uhr

hier in der Halle

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Vortrag: Auf was muß ich beim Auswintern achten?
3. Vorführen des Bienen von Kaufmann.
4. Zuckerbezug für 1918.
5. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.

Wegen der Zuckerermittlung sollten sich auch die Nichtmitglieder einfinden.

Zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen, erwünscht.

Altenstein, 27. Febr. 1918.

Vorstand Käthele.

Wesend.

Einem ich den 16 Monate alten



Zucht-Farren

Geldscheit, mit Zulassungsschein II. Klasse, hat zu verkaufen

Karl Sachmann Wtw.

Ein kräftiges

Mädchen

findet gute Stellung in einfachem Haushalt wo sie auch kochen lernt. Familiäre Behandlung.

M. Hörmann Stuttgart, Reichenstr. 91 II. Tel. 7581.

Kleinzeig.

Sehr praktische, kleine

Petroleum-Sparlämpchen

bei geringem Verbrauch schönes Licht

per Stück zu 20 Pfg.

sind zu haben bei

E. W. Luz Nachf.

Freiz Bühler jr.

Oberweiler.

Verkaufe eine schöne, fehlerfreie mit dem 3. Kalb 28 Wochen trüchtige



Schaff-Ruh

Geldscheit, mütterlicher Größe

Joh. Georg Blach jr.

Per sofort od. später, braunes

Mädchen

in kl. Familie bei sam. Behandlung

gesucht.

Stuttgart, Drenckstr. 85 II.

Ein kräftiges

Mädchen

Alter ca. 15 Jahre, wird in eine Familie nach Ludwigsburg gesucht. Vorkenntnisse nicht erforderlich. Eintritt 1. März od. 15. März.

Meldungen erbeten an
Frau Hauptlehrer Ulmer
Nagold.

Mädchengesuch.

Suche für 1. oder 15. März ein ehrliches fleißiges Mädchen für Küche, Haushaltung und etwas Gartenarbeiten. Gelegenheit kochen zu lernen.

Frau G. Schlanderer We.
Unterreichenbach D.M. Calw.

Suche für meinen kleinen Haushalt auf 1. April gutempfohlenes, christlich gestimmtes ev.

Mädchen

das schon in gutem Hause gedient und auch etwas Gartenarbeit versteht.

Anträge mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüche an

Frau A. Barthel
Jungenstr. 21, Nagold.

Suche

sofort ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

für Küche und Haushalt, welches schon gedient, nicht unter 17 Jahr.

Frau Geiger Privatier
Zuffenhausen Bahnhofsstr. 76.

Ordentl.

Mädchen gesucht

auf 1. oder 15. April in kl. Haushalt. Gelegenheit zum Kochen erlernen.

Frau Hauvorstand Reimer
Stuttgart
Lützenstr. 22 II. r.

Ein braves fleißiges jüngeres

Mädchen

das kochen und Haushaltung erlernen möchte, wird zu einzelner Dame gesucht auf 15. März oder 1. April.

Stuttgart

Hohenheimerstr. 3 partier

